

## Verwirrung in Koalition um Ramsauer und Biosprit-Kurs

Donnerstag, 21. Februar 2008, 16:01 Uhr

Berlin (Reuters) - Äußerungen von CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer zum geplanten Ausbau der Biosprit-Anteils in Deutschland sorgen für Unruhe in der großen Koalition.

Ramsauer hatte sich am Donnerstag gegen die weitere Erhöhung der Quote ausgesprochen, die bereits beschlossen ist. Er habe zusammen mit Fraktionschef Volker Kauder klar gemacht, "dass wir die Erhöhung des Beimischungszwangs wie derzeit geplant nicht hinnehmen", sagte er der "Financial Times Deutschland". Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) sei mit seinen Plänen "vorgeprescht, ohne zu wissen, was er damit anrichtet".

Da Biosprit nach den Regierungsplänen Zug um Zug seine Steuervorteile verliert, führt die beschlossene stufenweise Erhöhung des Anteils auch zu höheren Spritpreisen an den Zapfsäulen.

SPD-Vize-Fraktionschef Ulrich Kelber sprach von einem Abrücken Ramsauers von den Beschlüssen der Kabinettsklausur in Meseberg, wo das Klimaschutzprogramm beschlossen wurde. "Herr Ramsauer muss endlich verstehen, dass er Mitglied einer Regierungspartei ist", sagte Kelber der Nachrichtenagentur Reuters. Ein Sprecher des Umweltministeriums warf Ramsauer vor, er habe die gemeinsam mit CSU-Landwirtschaftsminister Horst Seehofer entwickelte Biokraftstoffstrategie der Regierung nicht verstanden. Die Unions-Expertin Katherina Reiche betonte: "Die Unionsfraktion fühlt sich den Beschlüssen von Meseberg verpflichtet."

In Koalitionskreisen wurde aber nicht ausgeschlossen, dass Ramsauer sich eigentlich auf die von Gabriel geplante Verordnung zur Einführung der Benzin-Sorte E-10 beziehen wollte. Diese Verordnung liegt derzeit auf Eis, weil Unklarheit herrscht, wie viele Autos in Deutschland Kraftstoff mit einem Ethanol-Anteil von bis zu zehn Prozent vertragen würden. E-10 ermöglicht aber nur eine höhere Obergrenze der Beimischung, die an einzelnen Zapfsäulen erreicht werden könnte, da der Sprit in Deutschland unterschiedlich vermischt ist. Die Beimischungsquote insgesamt soll bis 2015 nur auf acht Prozent steigen. Derzeit liegt sie deutlich unter fünf Prozent.

Unionspolitiker hatten Gabriel aufgefordert, die Verordnung fallenzulassen, da vermutlich weit mehr als die von der Autoindustrie zunächst genannten 375.000 Wagen den Sprit nicht vertragen. Diese müssten dann auf das teurere Super-Plus ausweichen, das weiterhin einen geringen Biosprit-Anteil haben soll. Auch Gabriel hatte angedeutet, E-10 werde nicht eingeführt, solange unverhältnismäßig viele Autofahrer dann auf Super-Plus ausweichen müssten. Man warte weiter auf klare Aussagen der Autobranche, sagte er am Donnerstag im Bundestag.

### GABRIEL DEUTET ÄNDERUNGEN BEI BOKRAFTSTOFF-STRATEGIE AN

Um die Umweltzerstörung in Schwellenländern wegen der großen Biosprit-Nachfrage zu bremsen, stellte der Minister auch Änderungen in der Biokraftstoff-Strategie in Aussicht. Nach ersten Überlegungen sollten die Bedingungen für die Anrechnung etwa von Palmöl auf die Ökospritquote verschärft werden. Über die Klimabilanz der Rohstoffe hinaus könnten bestimmte Anbaumethoden wie Abholzung des Regenwaldes oder das Abbrennen von Mooren ausgeschlossen werden, wenn der gewonnene Sprit auf die Öko-Quote des Kraftstoffes angerechnet werden soll.

Reuters 2007. Alle Rechte vorbehalten. Jede weitere Veröffentlichung oder Verbreitung von Reuters-Daten, etwa durch Framing oder ähnliche Methoden, ist ohne die vorherige schriftliche Zustimmung von Reuters ausdrücklich verboten. Reuters und das Reuters-Logo mit der Sphäre sind eingetragene Warenzeichen oder Warenzeichen der Reuters Group of Companies weltweit.

---

Reuters-Journalisten sind dem Redaktionshandbuch von Reuters (Reuters Editorial Handbook) verpflichtet, das eine faire Darstellung und Offenlegung relevanter Themen vorschreibt.